

Dresdner Volkszeitung

Verlagskonte: Dresden, Saben & Comp., Nr. 1288.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verlagskonte: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kenndorf und Dresden-Altkönig

Leserpreis einschließlich Frachtposten in der 44. Woche vom 27. Oktober bis 2. November 8 Millionen M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 1 1/2 Millionen M. Einzelnummer 1 1/2 Millionen M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mal Schlüsselzahl. Grundpreise: die 20 mm breite Woparzeitung 80 M., die 90 mm breite Familienzeitung 300 M., für auswärtige Anzeigen 100 u. 400 M. Schlüsselzahl: 12 000 000. Familienanzeigen Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefunterlegung 10 M.

Nr. 252

Dresden, Sonnabend den 27. Oktober 1923

34. Jahrg.

An die werktätige Bevölkerung Deutschlands!

Arbeiter! Angestellte! Beamte! Frauen!

In schicksalsschwerer Stunde wenden sich die unterzeichneten Organisationen an die werktätige Bevölkerung Deutschlands. Das proletarische Sachsen ist auf das schwerste bedroht. Die Reichsregierung hat, angeblich um Ruhe und Ordnung und verfassungsmäßige Zustände wiederherzustellen, nach einer andern Begründung, um Sachsen gegen Bayern zu schützen, bisher bereits etwa 60 000 Mann Reichswehr in Sachsen einmarschieren lassen.

Es hat sich aber bereits jetzt unzweifelhaft ergeben, daß sich der Einmarsch der Reichswehr einzig und allein gegen die sächsische werktätige Bevölkerung richtet. Mitglieder der beiden proletarischen Parteien werden grundlos verhaftet. Ausschreitungen, die an Kriegszustände erinnern, werden gegenüber friedlichen Passanten verübt.

In Pirna gab es Tote und Verwundete, deren Verletzungen beweisen, daß auf sie von hinten, während sie den Platz räumten, geschossen worden ist. Das ist selbst durch den Stadtrat von Pirna, mit Einschluß seiner deutschnationalen Mitglieder, in einem öffentlichen amtlichen Protest festgestellt worden.

Arbeiter wurden an einzelnen Orten grundlos mit den Gewehrkolben geschlagen; teilweise ist, wie in Freital, an friedlichen Führern die Prügelstrafe vollzogen worden. Die Erregung der Bevölkerung ist spontan aufgelaufen. Die Arbeiter haben zum Teil demonstrativ die Arbeit niedergelegt.

Die Erregung wird um so größer, als das Militär sich bereits anschießt.

Eber die durch die Verfassung gesicherten Rechte der verfassungsmäßig gebildeten Regierung des Landes, der keinerlei Verfassungsverletzung nachgewiesen werden kann, hinwegzuschreiten.

Gausfudungen bei der Dresdner Polizeidirektion, Aufforderungen an die Bezirksämter unter Umgehung der Regierung, mißliebige Lehrer zu entlassen und zu bestrafen, die Verhaftung eines Regierungskommissars wegen amtlicher Handlungen, für die er nur der Regierung verantwortlich ist, beweisen, wohin der Kurs führt. Die Reaktion hat schon seit Monaten nach der Reichsregierung gegen Sachsen geschrien. Besonders taten

es die sächsischen Industriellen. Der Reaktion war es unmöglich, durch die letzte Landtagswahl die sozialistische Regierung zu stürzen. Da dies verfassungsmäßig nicht gelang, glaubt sie nun im Zeichen des Ausnahmezustandes ihre Ziele verwirklichen zu können. Die Reichswehr, stark aufgeföhrt durch faschistische Elemente, wird von der Reaktion als ein geeignetes Instrument im Kampfe gegen die sozialistische Arbeiterbewegung betrachtet, obwohl diese die stärkste Stütze der Republik und der Einheit des Reiches ist.

Bis zum Einmarsch der Reichswehr herrschte Ruhe und Ordnung im Freistaat Sachsen.

Alle entgegengesetzten Nachrichten der bürgerlichen Presse sind un wahr und verfolgen den Zweck, einen Scheingrund für den Einmarsch der bewaffneten Macht in friedliches, von einer Arbeiterregierung geleitetes Land zu schaffen. Unruhe, die im Reiche in weit größerer Zahl als in Sachsen zu verzeichnen waren, sind geboren aus der Not und Verzweiflung des industriell stark bevölkerten Sachsens. Zu deren Behebung reichten aber die sofort eingeleiteten polizeilichen Maßnahmen Sachsens völlig aus.

Nach allen Vorgängen der letzten Tage muß sich der Arbeitnehmerschaft die Heberzeugung aufdrängen, daß ihr die wenigen staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Errungenschaften, die die Revolution brachte, entzogen werden sollen.

Rühmlichst hat das gutdisziplinierte sächsische Proletariat trotz aller Provokation bis jetzt die Ruhe bewahrt. Die Arbeitnehmerschaft weiß, daß sie die Gefahr, von der sie und die Republik bedroht ist, nicht allein abwenden kann.

Genossen Deutschlands! Kommt dem sozialistischen Sachsen zu Hilfe!

Es muß schnell gehandelt werden, soll nicht das Letzte verloren gehen. Sachsen galt immer als der Hort des fortschrittlichen und freiheitlichen Gedankens und als der Stütz der sozialistischen Arbeiterbewegung. Laßt es nicht zum Versuchsojekt der Reaktion werden. **Genossen Deutschlands! Verhütet das!**

Landesarbeitsausschuß der Verein. Soziald. Partei Sachsens. / Bezirksausschuß Sachsen des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes. Allgemeiner freier Angestelltenbund, Landessekretariat Sachsen. / Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Landesauschuß Sachsen.

Bayern zeigt die kalte Schulter

SPD, München, 26. Oktober. (Eig. Drahtb.) Den von verschiedenen Seiten unternommenen Bemühungen, den durch Bayerns Verhalten heraufbeschworenen Konflikt zwischen ihm und dem Reiche aus der Welt zu schaffen, zeigt man in München nun offiziell die kalte Schulter. Es sind sogar Anhaltspunkte dafür vorhanden, daß dieses Verhalten sich unter Umständen in einen passiven Widerstand verwandeln wird. Wohl unter dem Einfluß der sogenannten vaterländischen Verbände, der auch in öffentlichen Resolutionen zum Ausdruck kommt, läßt die bayerische Regierung heute offiziell erklären, daß ihr von Verhandlungsversuchen im Fall Rostow nichts bekannt ist. Es seien bis jetzt keinerlei Verhandlungsvorfälle an die Regierung herangekommen; auch das in der Presse genannte Schreiben des Reichspräsidenten sei bisher nicht in ihre Hände gelangt. Besonderer Wert wird dabei auf die Erklärung gelegt, daß von der bayerischen Regierung und vom bayerischen Generalstaatskommissariat überhaupt keinerlei Initiative zu Verhandlungsversuchen ergriffen worden ist. Hierzu ist außerdem Herr v. Rahr ergänzend erklärt, daß er überhaupt jedes Verhandeln in dieser Sache mit der gegenwärtigen Reichsregierung ablehne. Man ist versucht, zu glauben, daß diese lebhafte Erklärung nicht ohne Einwirkung des bayerischen Landeskommandanten zustande gekommen ist, nachdem in verschiedenen Kreisen davon die Rede war, daß Rostows Tage geschloß seien. Wäre das richtig, so muß man damit rechnen, daß die Hitlerfront eine nicht unwesentliche Verstärkung erfahren würde, da bereits das Gerücht verbreitet wird, daß am kommenden Sonntag eine feierliche Vereidigung der Angehörigen des „Kampfbundes“ durch Hitler vorgenommen wird.

Protest der Reichsregierung

Am späten Nachmittage erklärt die Reichsregierung eine offizielle Verlautbarung, in der sie sich mit aller Schärfe gegen die Erklärung Rostows wendet, wonach er mit der jetzigen Reichsregierung niemals verhandeln würde. Diese Erklärung wird zunächst als an sich belanglos bezeichnet, da die Vertretung Bayerns nicht in seinen Händen, sondern in denen der bayerischen Staatsregierung liegt. Der Widerstand Rostows gegen die von allen Seiten gewünschte Verständigung wird jedoch als unwürdevoll bezeichnet, zumal in der jetzigen innerpolitischen, außenpolitischen und wirtschaftlichen Bedrängnis des deutschen Volkes. Zum Schluß erklärt die Mitteilung des Reichskabinetts das Verhalten Rostows für eine Annäherung, die mit aller Schärfe zurückgewiesen werden müsse.

Rahrs Ausweisungaktion

SPD, München, 26. Oktober. (Eig. Drahtb.) Die seit etwa 14 Tagen betriebene Ausweisungaktion gegenüber den Münchner „Ostjuden“ hat bisher über 60 Familien betroffen; unter ihnen befinden einige auch die preussische Staatsangehörigkeit. Dabei handelt es sich nicht etwa um Leute, die erst seit Kriegsende sich in München niedergelassen haben,

sondern lediglich um Deutsche, die seit zwei und drei Jahrzehnten in München ihren dauernden Wohnsitz haben. Von den Ausgewiesenen ist derjenige, der die kürzeste Zeit in München weilte, seit 17 Jahren anwesig. Die Wohnungen der Ausgewiesenen verfallen der Beschlagnahme, so daß die Möglichkeit eines Wohnungswechsels nicht in Frage kommt. Aus diesem Grunde suchen eine große Anzahl Familien — man spricht von 200 — München freiwillig zu verlassen, bevor die Fremdenpolizei weitere Ausweisungsbefehle des Generalstaatskommissars ausführt. Die Ausweisung wird in den meisten Fällen formal damit begründet, daß die Leute sich in einer das Wirtschaftslieben schädigenden Weise verhalten hätten. Es liegen Anhaltspunkte dafür vor, daß in Zukunft nicht nur Juden und Ausländer von der Ausweisung betroffen werden, sondern unter Umständen auch Christen und Leute mit deutscher und bayerischer Staatsangehörigkeit. Letzteren würde ein Zwangsaußenhalt irgendwo in Bayern angedroht. Da die ganze Ausweisungaktion in ihrer jetzigen Form als eine Konzeption des Herrn v. Rahr an Hitler zu betrachten ist, so ist die in Heftdruck erhobene Forderung im heutigen Völkischen Beobachter wohl zu beachten. Sie lautet in Form einer Frage: „Werden die marxistischen Zeitungen in Bayern noch immer unbehindert erscheinen und bleiben die marxistischen Parteien noch immer bestehen? Werden die Auer und Genossen noch weiterhin frei umherlaufen?“

Keine Pfalz-Republik

Beschluß der Pfälzer Sozialdemokratie
Ludwigshafen, 26. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die Leitung der Sozialdemokratischen Partei der Pfalz beschloß folgende Erklärung:

Der Verfassungsbruch der bayerischen Rahr-Regierung hat in den freibrieflich gekannten Kreisen der Pfalz die größte Empörung ausgelöst. Alle unsere Warnungen wurden, zuletzt noch von der Regierung Anklagen, in den Wind geschlagen. Angleich kamen aus allen Teilen des besetzten Gebiets alarmierende Nachrichten über die letzten Mordtaten der Sonderblätter. Als Protest gegen den bayerischen Verfassungsbruch und zum Schutze gegen die drohende Separatistengefahr kam die Forderung der pfälzischen Sozialdemokratischen Partei zu dem Entschluß, aus der Pfalz einen selbständigen Staat im Verbände des Deutschen Reiches zu bilden. Diesen Standpunkt haben die Repräsentanten der pfälzischen Sozialdemokratie in seinem Stadium der Verhandlungen verlassen. Nachdem die Absicht der Sozialdemokratischen Partei in verschiedenen Kreisen der Pfalz erhebliche Widerstände gefunden hat und nachdem die Reichsregierung eine Abtrennung der Pfalz von Bayern unter Verbleib des Landes im Reichsverband nicht anerkennt, für die Sozialdemokratische Partei aber grundsätzlich keine Abtrennung der Pfalz von Bayern außerhalb des Deutschen Reiches in Frage kommt, sehen wir von der Durchführung unserer Vorhaben ab. Wir wollen durch unsere Aktion die durch die Separatisten drohende Gefahr der Abtrennung vom Reich verhüten. Nachdem man unsere Absicht verkannt und für unlautere Motive unterschoben hat, müssen

wir die Verantwortung für die kommenden Geschehnisse den andern Parteien überlassen.“

Ludwigshafen, 27. Oktober. General de Weh hat nach Meldung der Pfälzer Rundschau, dem Abg. Hoffmann mitgeteilt, daß die politische Krone der Pfalz nach Zurückziehung des sozialdemokratischen Antrags für die Rheinlandkommission erledigt ist, da weitere Anregungen nicht vorliegen. — So das heißen soll, daß die Franzosen den Erfolg ihrer politischen Pläne auf die Pfalz zunächst zurückstellen, wird erst aus ihrem weiteren Verhalten erkennbar werden.

Eine Reparationskonferenz?

Die englische Regierung hat jetzt erneut den Versuch gemacht, zur Lösung des Reparationsproblems eine internationale Konferenz zustande zu bringen. Ihr erster Vorschlag vor einigen Monaten war von Frankreich brutal erstickt worden, so daß Herr Baldwin nichts mehr unternahm. Nun drängen und drücken ihn aber die immer englischen Schwächen, die Unzureichendheit des englischen Volktes mit der Passivität, die immer stärker werdende Kritik an der Landheil konservativer Parteiherrschaft, die Arbeitslosigkeit und die wirtschaftlichen Sorgen des ganzen Landes. Ganz klar wird dem Premierminister von allen Seiten gesagt, daß das die Folgen der Ruhr- und Rheinpolitik Voicars sind, die England gelassen liegt. So rasche hat denn die Regierung Baldwin auf den Entschluß, eine internationale Reparationskonferenz vorzuschlagen, an der Amerika beteiligt sein soll. Nach Londoner Meldungen hat Baldwin in einer Rede in Plymouth erklärt, der englische Konferenzvorschlag sei von einigen Alliierten günstig aufgenommen worden. Amerika habe zugestimmt. So werde die englische Aktivität jetzt Erfolg haben.

Ob das zutreffen wird, steht einseitigen noch dahin. Aus den französischen, amerikanischen, englischen Meinungen ist folgendes zu erkennen: England wolle Deutschland nicht eher die Zahlungspflicht abnehmen, sondern nur die Zahlungsmöglichkeit sichern, wozu Stabilisierung der Währungs- und internationale Finanzkontrolle gehören. Deutschland müsse ermöglicht werden, wieder auszuführen zu können. Die amerikanische Regierung hat erklärt, sie werde an einer wirtschaftlichen Konferenz teilnehmen, jedoch solle sie nur beratenden Charakter haben. Ein Absehen in die Reparationskommission zu entscheiden, sei nur das amerikanische Parlament zuständig, aber wenn die Welt eine Kommission zur Prüfung der deutschen Zahlungsmöglichkeit einsetze, so werde wohl ein amerikanischer Vertreter teilnehmen können. Frankreich soll bezüglich der Konferenz zustimmen, jedoch nur unter der Bedingung, daß die Welt diese Sachverständigen ernenne und der Versailles Vertrag nicht angefochten werde.

Man sieht, die Konferenz hat noch aufte Wege, ehe sie geschlossen ist. Und welche Kompetenzen sie haben wird, ist noch zweifelhafter. Immerhin ist erkennbar, daß die Zustände im